Stadt Bad Wünnenberg

Rede zur Vorlage des Haushaltsentwurfs der Stadt Bad Wünnenberg

für das Jahr 2027

von Bürgermeisterin Ursula Berhorst-Schäfers

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Einbringung des Haushaltsplans für das Jahr 2027 legen wir heute die finanzielle Grundlage für die Arbeit unserer Stadt im kommenden Jahr. Der Haushalt bildet die finanziellen Rahmenbedingungen unseres kommunalen Handelns ab, zeigt unsere Möglichkeiten auf und macht zugleich deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Und diese Herausforderungen sind erheblich.

Die Zahlen des Haushaltsplans 2027 sprechen eine klare Sprache: Wir planen mit Erträgen in Höhe von rund 47,6 Millionen Euro und Aufwendungen von rund 53,9 Millionen Euro. Damit ergibt sich ein geplantes Defizit von rund 6,3 Millionen Euro.

Das ist eine Größenordnung, die wir ernst nehmen müssen.

Die laufenden Aufwendungen übersteigen die laufenden Erträge deutlich. Gleichzeitig stehen wir in der Verantwortung, die vielfältigen Aufgaben unserer Stadt zuverlässig zu erfüllen, unsere Infrastruktur zu erhalten und notwendige Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen.

Genau darin liegt die Herausforderung für den Haushalt 2027: Wir müssen verantwortungsvoll mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umgehen und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit unserer Stadt sichern.

Der geplante Fehlbetrag für 2027 wird durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Damit verfügen wir zunächst über einen finanziellen Puffer, der es ermöglicht, das Defizit des kommenden Jahres aufzufangen.

Allerdings müssen wir uns darüber im Klaren sein: Eine Rücklage ist kein dauerhaftes Finanzierungsinstrument.

Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass wir vor einer längerfristigen Aufgabe stehen. Auch in den Jahren bis 2030 werden weiterhin jährliche Defizite zwischen rund 2,4 und 3,7 Millionen Euro erwartet.

Wir müssen deshalb frühzeitig gegensteuern. Es wäre nicht verantwortungsvoll, diese Entwicklung einfach fortzuschreiben und darauf zu vertrauen, dass sich die finanzielle Situation von selbst verbessert.

Wir müssen unsere Ausgaben regelmäßig hinterfragen, Einnahmen realistisch kalkulieren und Investitionen mit Augenmaß planen. Dabei wird es auch darum gehen, Prioritäten zu setzen und zwischen dem Wünschenswerten und dem tatsächlich Notwendigen zu unterscheiden.

Die größte einzelne Ertragsquelle unserer Stadt ist die Gewerbesteuer. Für das Jahr 2027 rechnen wir mit Einnahmen von rund 15,2 Millionen Euro.

Diese Einnahmen sind für die Finanzierung unserer kommunalen Aufgaben von erheblicher Bedeutung. Gleichzeitig hängen sie unmittelbar von der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Unternehmen ab. Wir wissen daher, dass diese Einnahmen Schwankungen unterliegen können und nicht uneingeschränkt planbar sind.

Auf der Ausgabenseite fallen insbesondere zwei Positionen ins Gewicht: die Kreisumlagen und die Personalkosten.

Für die Kreisumlagen sind im kommenden Jahr rund 19,6 Millionen Euro eingeplant. Das entspricht einer Steigerung von etwa 400.000 Euro gegenüber dem Vorjahr.

Auch die Personalkosten steigen. Aufgrund der Tarifanpassungen rechnen wir hier mit rund 15,9 Millionen Euro und damit mit etwa 317.000 Euro mehr als im bisherigen Ansatz.

Beide Positionen machen deutlich, wie stark unsere finanziellen Spielräume bereits durch laufende Verpflichtungen gebunden sind.

Dabei ist klar: Hinter diesen Zahlen stehen notwendige Leistungen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen täglich wichtige Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger. Und auch die Umlagen finanzieren Aufgaben und Leistungen, die auf Kreisebene erbracht werden.

Dennoch müssen wir diese Kostenentwicklung im Blick behalten. Denn jeder zusätzliche Euro,

der für laufende Verpflichtungen benötigt wird, steht an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung.

Neben dem Ergebnishaushalt müssen wir auch unsere tatsächliche Zahlungsfähigkeit betrachten.

Die Finanzplanung zeigt, dass unsere laufenden Einzahlungen nicht ausreichen, um die laufenden Auszahlungen vollständig zu decken. Deshalb müssen wir auch in den kommenden Jahren Liquiditätskredite einplanen. Der entsprechende Finanzierungsbedarf liegt jährlich zwischen rund 2,4 und 6,2 Millionen Euro.

Das bedeutet, dass sich unsere Verschuldung weiter erhöhen wird.

Diese Entwicklung dürfen wir nicht unterschätzen. Liquiditätskredite können kurzfristige Zahlungsengpässe überbrücken. Sie schaffen aber keine dauerhaften finanziellen Spielräume. Im Gegenteil: Sie führen zu zusätzlichen Zinsbelastungen und schränken damit unsere zukünftigen Handlungsmöglichkeiten weiter ein.

Unser Ziel muss deshalb sein, die laufende Finanzierung wieder stärker aus den laufenden Einnahmen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir eine maßvolle Anpassung der Realsteuern vor.

Konkret ist vorgesehen, die Grundsteuer A von 280 auf 312 Prozentpunkte, die Grundsteuer B von 618 auf 631 Prozentpunkte und die Gewerbesteuer von 416 auf 420 Prozentpunkte anzuheben.

Diese Anpassungen sind ein Beitrag zur Sicherung unserer Einnahmen und damit zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben.

Mir ist dabei bewusst, dass Steuererhöhungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere Unternehmen eine zusätzliche Belastung darstellen. Gerade deshalb müssen wir solche Entscheidungen sorgfältig abwägen und transparent begründen.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich feststellen, dass die Anpassungen allein die strukturellen Probleme unseres Haushalts nicht lösen werden.

Wir werden daher als Verwaltung sämtliche Möglichkeiten prüfen, um die Haushaltssituation zu verbessern. Dazu gehört, unsere Ausgaben systematisch zu durchleuchten und mögliche Einsparpotenziale zu identifizieren.

Wir müssen uns bei jeder Maßnahme fragen:
Was ist zwingend erforderlich?

Was kann möglicherweise zeitlich gestreckt werden?
Wo können wir Kosten reduzieren, ohne die Erfüllung unserer Aufgaben wesentlich zu beeinträchtigen?

Dabei wird es keine einfachen Antworten geben. Nicht jede Einsparung ist sinnvoll, und nicht jede Verschiebung führt langfristig zu geringeren Kosten. Entscheidend ist, dass wir die Auswirkungen unserer Entscheidungen umfassend betrachten.

Sollten die Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausreichen, kann auch die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts erforderlich werden. Auf diese Möglichkeit müssen wir uns einstellen. Unser gemeinsames Ziel sollte es jedoch sein, möglichst frühzeitig und eigenverantwortlich die notwendigen Schritte einzuleiten.

Trotz der angespannten finanziellen Situation müssen und wollen wir weiterhin investieren.

Für das Jahr 2027 sind Investitionen in Höhe von rund 21,2 Millionen Euro vorgesehen. Zur Finanzierung ist ein Kreditbedarf von rund 10,2 Millionen Euro eingeplant.

Ein wesentlicher Einzelposten ist dabei der Neubau des Rathauses in Fürstenberg. Hierfür sind im kommenden Jahr rund 9,75 Millionen Euro vorgesehen.

Mit dem Neubau schaffen wir die Voraussetzungen für eine moderne, funktionierende Verwaltung und zeitgemäße Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ein Rathaus ist nicht nur ein Verwaltungsgebäude. Es ist ein Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen erledigen, Beratung erhalten und mit ihrer Stadtverwaltung in Kontakt treten. Deshalb muss es den Anforderungen einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung gerecht werden.

Neben diesem großen Projekt konzentrieren sich unsere weiteren Investitionen vor allem auf den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer bestehenden Infrastruktur sowie auf die Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben.

Für die Sanierung von Gemeindestraßen und Wirtschaftswegen stehen rund 1,3 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus sind Mittel für die Erschließung des Baugebiets Schriepenscherf in Haaren, die Querungshilfe am Sonnenhang und die Gestaltung des Dorfplatzes am Haarener Sportplatz eingeplant.

Auch Bildung und Betreuung bleiben wichtige Investitionsschwerpunkte.

Rund 2,2 Millionen Euro sind hierfür vorgesehen. Davon entfallen allein 1,5 Millionen Euro auf die Erweiterung der Offenen Ganztagsschule in Haaren/ Helmern. Weitere Mittel sind als

Investitionszuschuss für das Liebfrauengymnasium in Büren eingeplant.

Damit investieren wir in gute Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot und eine funktionierende Bildungsinfrastruktur sind wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Stadt.

Ein weiterer bedeutender Bereich ist der Brandschutz und unsere Sicherheit.

Für unsere Feuerwehr sind Investitionen von insgesamt rund 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Dazu gehören die Fertigstellung des Feuerwehrgerätehauses in Leiberg sowie die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen.
Unsere Feuerwehr leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit der Menschen in unserer Stadt. Dafür braucht sie eine angemessene Ausstattung und eine funktionierende Infrastruktur. Die vorgesehenen Investitionen sind deshalb ein wichtiger Beitrag zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit.

Auch bei den Stadtwerken müssen wir weiter investieren.

Geplant sind unter anderem rund 800.000 Euro für die Erweiterung der Kläranlage in Bad Wünnenberg, 500.000 Euro für Kanalsanierungen und 340.000 Euro für neue Wasserleitungen in den Baugebieten. Für die weitere Planung der Erweiterung der Kläranlage in Haaren sind zusätzlich 250.000 Euro vorgesehen.

Diese Maßnahmen stehen vielleicht nicht immer im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Sie sind jedoch unverzichtbar für die Versorgungssicherheit, den Umweltschutz und das reibungslose Funktionieren unserer Stadt.

Bei allen geplanten Maßnahmen müssen wir uns bewusst machen, dass Investitionen nicht mit ihrer Fertigstellung abgeschlossen sind.

Jedes neue Gebäude verursacht Unterhaltungs- und Betriebskosten. Technische Anlagen müssen gewartet und betrieben werden. Einrichtungen benötigen Personal und müssen dauerhaft finanziert werden.

Deshalb müssen wir bei jeder Investitionsentscheidung neben den unmittelbaren Baukosten auch die langfristigen Folgekosten berücksichtigen.

Der Schwerpunkt unserer Investitionstätigkeit wird in den kommenden Jahren noch stärker auf dem Erhalt und der Erneuerung des vorhandenen Bestands liegen müssen.

Straßen, Gebäude, Schulen, Feuerwehrgerätehäuser, Wasser- und Abwasseranlagen – all das ist Teil unserer kommunalen Infrastruktur und muss dauerhaft funktionsfähig gehalten werden.

Dabei gilt: Rechtzeitig zu sanieren ist häufig wirtschaftlicher, als notwendige Maßnahmen aufzuschieben und später deutlich höhere Kosten in Kauf nehmen zu müssen.

Wir müssen deshalb vorausschauend planen, Prioritäten setzen und unsere Investitionen an den tatsächlichen Bedarfen ausrichten.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2027 macht deutlich, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt keine Selbstverständlichkeit ist.

Die kommenden Jahre werden uns fordern. Wir werden Entscheidungen treffen müssen, die nicht immer einfach sein werden und bei denen unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen sind.

Dabei sollten wir uns immer wieder auf unsere gemeinsame Verantwortung besinnen: Wir gestalten die Zukunft unserer Stadt und tragen Verantwortung für die Menschen, die hier leben, arbeiten und sich engagieren.

Unser Anspruch muss es sein, die Pflichtaufgaben zuverlässig zu erfüllen, unsere Infrastruktur zu erhalten, notwendige Investitionen zu ermöglichen und gleichzeitig die finanzielle Belastung für kommende Generationen im Blick zu behalten.

Das wird nur gelingen, wenn wir unsere finanziellen Möglichkeiten realistisch einschätzen, Prioritäten konsequent setzen und bereit sind, auch schwierige Entscheidungen zu treffen.

Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigen können – mit einer sachlichen Diskussion, gegenseitigem Respekt und dem Blick auf das, was für unsere Stadt langfristig notwendig und finanzierbar ist.

Mein Dank gilt bereits heute allen Ratsmitgliedern für die bisherige Zusammenarbeit. Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen und auf einen konstruktiven Austausch über den vorliegenden Haushaltsentwurf.

Unterschiedliche Auffassungen gehören zu einer lebendigen kommunalpolitischen Diskussion. Entscheidend ist, dass wir sie auf Grundlage der vorliegenden Zahlen führen und die langfristigen Auswirkungen unserer Entscheidungen berücksichtigen.

Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplans mitgewirkt haben und täglich daran arbeiten, die vielfältigen Aufgaben unserer Stadt zu erfüllen.

Mein Dank gilt auch den Vertreterinnen und Vertretern der Presse für die Begleitung unserer kommunalpolitischen Arbeit und die Berichterstattung über die Themen, die unsere Stadt bewegen.

Ich möchte mich ausdrücklich auch den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrem großen Engagement maßgeblich an der Entwicklung der Stadt Bad Wünnenberg beteiligt sind bedanken. Mir ist bewusst, dass die finanzielle Situation Entscheidungen erforderlich macht, die nicht immer auf Zustimmung stoßen. Umso wichtiger ist es, miteinander im Gespräch zu bleiben. Unsere Stadt mit ihren sieben Ortsteilen lebt vor allem von den Menschen, die hier wohnen, arbeiten, sich engagieren und unsere Gemeinschaft gestalten.

Lassen Sie uns den Haushalt 2027 als gemeinsamen Auftrag verstehen: verantwortungsvoll mit unseren finanziellen Ressourcen umzugehen, notwendige Entwicklungen zu ermöglichen und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu sichern.

Mit Augenmaß, Sachlichkeit und dem Bewusstsein für unsere gemeinsame Verantwortung gehen wir die anstehenden Herausforderungen an.

Herzlichen Dank!!